

10.3.2014

B7-0234/2014 }
B7-0235/2014 }
B7-0236/2014 }
B7-0237/2014 } RC1/Änd. 5

Änderungsantrag 5

**Marie-Christine Vergiat, Jacky Hénin, Marisa Matias, Alda Sousa, Willy Meyer,
Younous Omarjee**

im Namen der GUE/NGL-Fraktion

Gemeinsamer Entschließungsantrag

PPE, S&D, ALDE, Verts/ALE

Prioritäten der EU für die 25. Tagung des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen

Gemeinsamer Entschließungsantrag

Erwägung F a (neu)

Gemeinsamer Entschließungsantrag

Geänderter Text

Fa. in der Erwägung, dass die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte Bestandteil der Menschenrechte sind und ihre Achtung zumindest zur vollständigen Umsetzung der acht Entwicklungsziele der Millenniums-Erklärung aus dem Jahr 2000 führt, nämlich der folgenden Ziele: Beseitigung von extremer Armut und Hunger, allgemeiner Zugang zur Grundschulbildung, Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und der Gleichberechtigung der Frau, Verringerung der Kindersterblichkeit, verbesserte gesundheitliche Betreuung der Mütter, Bekämpfung von HIV/AIDS, sexuell übertragbaren Krankheiten, Malaria und sonstigen Krankheiten, Engagement für eine nachhaltige Entwicklung, Umsetzung einer weltweiten Zusammenarbeit im Dienste der Entwicklung; in der Erwägung, dass ein ehrgeiziger Zeitplan zur Verwirklichung dieser Ziele bis 2015 aufgestellt worden ist, sie aber bis heute bei weitem noch nicht erreicht worden sind;

AM\1022811DE.doc

Or. fr
PE529.632v01-00 }
PE529.633v01-00 }
PE529.634v01-00 }
PE529.635v01-00 } RC1

10.3.2014

B7-0234/2014 }
B7-0235/2014 }
B7-0236/2014 }
B7-0237/2014 } RC1/Änd. 6

Änderungsantrag 6

Marie-Christine Vergiat, Paul Murphy, Jacky Hénin, Marisa Matias, Alda Sousa
im Namen der GUE/NGL-Fraktion

Gemeinsamer Entschließungsantrag

PPE, S&D, ALDE, Verts/ALE

Prioritäten der EU für die 25. Tagung des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen

Gemeinsamer Entschließungsantrag

Ziffer 3 a (neu)

Gemeinsamer Entschließungsantrag

Geänderter Text

3a. weist darauf hin, dass Kasachstan derzeit eines von 47 Mitgliedern im UNHRC ist; weist ferner darauf hin, dass sich die Menschenrechtslage in dem Land seit dem brutalen Vorgehen der Ordnungskräfte gegen friedliche Demonstranten und Erdölarbeiter sowie deren Familien und Unterstützer am 16. Dezember 2011 in Schangaösen, in dessen Rahmen nach offiziellen Angaben 15 Menschen getötet und mehr als 100 Menschen verletzt wurden, weiter verschlechtert hat; fordert den UNHRC auf, der Forderung der Hohen Kommissarin für Menschenrechte, Navi Pillay, unverzüglich Rechnung zu tragen und eine unabhängige internationale Untersuchung über die Ermordung der Erdölarbeiter durchzuführen; fordert Kasachstan auf, als Mitglied des UNHRC die Menschenrechte zu achten, Artikel 164 seines Strafgesetzbuchs über die „Anstachelung zum sozialen Unfrieden“ aufzuheben und die Unterdrückung der unabhängigen Medien zu beenden sowie deren Verwaltungslasten abzubauen, die politischen Gefangenen, einschließlich

AM\1022811DE.doc

PE529.632v01-00 }
PE529.633v01-00 }
PE529.634v01-00 }
PE529.635v01-00 } RC1

des Menschenrechtsanwalts Wadim Kuramschin, der Gewerkschaftsaktivistin Rosa Tuletajewa und des politischen Oppositionellen Wladimir Koslow, freizulassen, und keine Anträge auf Auslieferung politischer Oppositioneller mehr zu stellen;

Or. fr

AM\1022811DE.doc

PE529.632v01-00 }
PE529.633v01-00 }
PE529.634v01-00 }
PE529.635v01-00 } RC1

DE

In Vielfalt geeint

DE

10.3.2014

B7-0234/2014 }
B7-0235/2014 }
B7-0236/2014 }
B7-0237/2014 } RC1/Änd. 7

Änderungsantrag 7

**Marie-Christine Vergiat, Jacky Hénin, Marisa Matias, Alda Sousa, Takis
Hadjigeorgiou, Kyriacos Triantaphyllides, Willy Meyer, Younous Omarjee**
im Namen der GUE/NGL-Fraktion

Gemeinsamer Entschließungsantrag

PPE, S&D, ALDE, Verts/ALE

Prioritäten der EU für die 25. Tagung des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen

Gemeinsamer Entschließungsantrag

Ziffer 6 a (neu)

Gemeinsamer Entschließungsantrag

Geänderter Text

***6a. begrüßt, dass auf der 25. Tagung des
UNHRC besonderes Augenmerk auf die
Menschenrechtslage in Palästina und den
anderen besetzten arabischen Gebieten
gelegt wird, insbesondere auf das Recht
des palästinensischen Volkes auf
Selbstbestimmung und die Schaffung
eines unabhängigen und lebensfähigen
Staates in den Grenzen von 1967;
empfiehlt der Delegation der EU
nachdrücklich, jegliche Form des
Kolonialismus, insbesondere in
Palästina – und zwar sowohl im
Westjordanland als auch in
Ostjerusalem –, zu verurteilen;***

Or. fr

AM\1022811DE.doc

PE529.632v01-00 }
PE529.633v01-00 }
PE529.634v01-00 }
PE529.635v01-00 } RC1

DE

In Vielfalt geeint

DE

10.3.2014

B7-0234/2014 }
B7-0235/2014 }
B7-0236/2014 }
B7-0237/2014 } RC1/Änd. 8

Änderungsantrag 8

**Marie-Christine Vergiat, Jacky Hénin, Marisa Matias, Alda Sousa, Takis
Hadjigeorgiou, Kyriacos Triantaphyllides, Willy Meyer, Younous Omarjee**
im Namen der GUE/NGL-Fraktion

Gemeinsamer Entschließungsantrag

PPE, S&D, ALDE, Verts/ALE

Prioritäten der EU für die 25. Tagung des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen

Gemeinsamer Entschließungsantrag

Ziffer 6 b (neu)

Gemeinsamer Entschließungsantrag

Geänderter Text

6b. kritisiert die anhaltende Politik der Ausweitung der Siedlungen und der Besetzung, die Israel im Westjordanland und in Ostjerusalem unter Verletzung des Völkerrechts verfolgt; verurteilt entschieden den Praver-Plan, nach dem die Beduinen-Gemeinschaften aus ihren angestammten Gebieten in der Negev-Wüste vertrieben werden sollen, sowie die Politik der Umsiedlung, die Israel gegenüber den Beduinen verfolgt; betont, dass diese Politik eine Vereinnahmung von palästinensischem Land, eine Verhinderung der Nutzung der landwirtschaftlichen Gebiete und die Zerstörung von Gemeinschaften darstellt; verurteilt diese Politik, durch welche die Möglichkeit eines palästinensischen Staates mit Ostjerusalem als Hauptstadt gemäß den Resolutionen der Vereinten Nationen zunichtegemacht wird; fordert die Delegationen der Mitgliedstaaten und der EU nachdrücklich auf, diese israelische Politik zu verurteilen, ihre unverzügliche Beendigung zu fordern und alle Maßnahmen zu ergreifen, die

AM\1022811DE.doc

PE529.632v01-00 }
PE529.633v01-00 }
PE529.634v01-00 }
PE529.635v01-00 } RC1

hierzu erforderlich sind;

Or. fr

AM\1022811DE.doc

PE529.632v01-00 }
PE529.633v01-00 }
PE529.634v01-00 }
PE529.635v01-00 } RC1

DE

In Vielfalt geeint

DE

10.3.2014

B7-0234/2014 }
B7-0235/2014 }
B7-0236/2014 }
B7-0237/2014 } RC1/Änd. 9

Änderungsantrag 9

**Marie-Christine Vergiat, Jacky Hénin, Marisa Matias, Alda Sousa, Takis
Hadjigeorgiou, Kyriacos Triantaphyllides, Willy Meyer, Younous Omarjee**
im Namen der GUE/NGL-Fraktion

Gemeinsamer Entschließungsantrag

PPE, S&D, ALDE, Verts/ALE

Prioritäten der EU für die 25. Tagung des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen

Gemeinsamer Entschließungsantrag

Ziffer 6 c (neu)

Gemeinsamer Entschließungsantrag

Geänderter Text

***6c. verurteilt die Lage der
palästinensischen Gefangenen, fordert
ihre Freilassung und verweist auf seine
Entscheidung vom 14. März 2013, in der
die israelische Regierung aufgefordert
wird, die Rechte der palästinensischen
Gefangenen zu achten und ihre
Gesundheit und ihr Leben zu schützen; ist
besorgt über das Schicksal der
palästinensischen Gefangenen, die ohne
Anklage inhaftiert sind; betont, dass diese
Gefangenen unter Einhaltung
prozessrechtlicher Garantien, die
internationalen Normen entsprechen,
angeklagt und vor Gericht gestellt oder
unverzüglich freigelassen werden sollten;
ist sehr besorgt über die Lage und den
Gesundheitszustand der palästinensischen
Gefangenen, die sich seit langem in einem
Hungerstreik befinden; fordert Israel auf,
diesen Hungerstreikenden einen
unbeschränkten Zugang zu einer
geeigneten medizinischen Versorgung zu
gewähren;***

Or. fr

AM\1022811DE.doc

PE529.632v01-00 }
PE529.633v01-00 }
PE529.634v01-00 }
PE529.635v01-00 } RC1

10.3.2014

B7-0234/2014 }
B7-0235/2014 }
B7-0236/2014 }
B7-0237/2014 } RC1/Änd. 10

Änderungsantrag 10

**Marie-Christine Vergiat, Jacky Hénin, Marisa Matias, Alda Sousa, Takis
Hadjigeorgiou, Kyriacos Triantaphyllides, Willy Meyer, Younous Omarjee**
im Namen der GUE/NGL-Fraktion

Gemeinsamer Entschließungsantrag

PPE, S&D, ALDE, Verts/ALE

Prioritäten der EU für die 25. Tagung des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen

Gemeinsamer Entschließungsantrag

Ziffer 6 d (neu)

Gemeinsamer Entschließungsantrag

Geänderter Text

***6d. fordert aufgrund der
Menschenrechtsverletzungen die
Verhängung eines Waffenembargos
gegen den Staat Israel; fordert die EU
und ihre Mitgliedstaaten auf, jede
Zusammenarbeit mit Israel im Rahmen
der EDA und von Horizont 2020 zu
beenden;***

Or. fr

AM\1022811DE.doc

PE529.632v01-00 }
PE529.633v01-00 }
PE529.634v01-00 }
PE529.635v01-00 } RC1

DE

In Vielfalt geeint

DE

10.3.2014

B7-0234/2014 }
B7-0235/2014 }
B7-0236/2014 }
B7-0237/2014 } RC1/Änd. 11

Änderungsantrag 11

Marie-Christine Vergiat, Willy Meyer, Jacky Hénin, Marisa Matias, Alda Sousa
im Namen der GUE/NGL-Fraktion

Gemeinsamer Entschließungsantrag

PPE, S&D, ALDE, Verts/ALE

Prioritäten der EU für die 25. Tagung des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen

Gemeinsamer Entschließungsantrag

Ziffer 19 a (neu)

Gemeinsamer Entschließungsantrag

Geänderter Text

19a. stellt fest, dass der Westsahara-Konflikt eine Frage der Entkolonialisierung ist; stellt ferner fest, dass Marokko völkerrechtlich keinerlei Souveränität über die Westsahara besitzt und als Besatzungsmacht gilt; verurteilt die Verletzung der Menschenrechte des saharauischen Volkes; fordert, dass die Grundrechte der Bevölkerung der Westsahara, einschließlich der Vereinigungsfreiheit, der Freiheit der Meinungsäußerung und des Demonstrationsrechts, geschützt werden; fordert die unverzügliche Freilassung aller saharauischen politischen Gefangenen; betont, dass die Menschenrechtslage in der Westsahara international überwacht werden muss; fordert Marokko und die Polisario-Front nachdrücklich auf, die Verhandlungen über eine friedliche und dauerhafte Lösung des Konflikts in der Region fortzusetzen, und bekräftigt das Selbstbestimmungsrecht des saharauischen Volkes, das durch ein demokratisches Referendum entsprechend den Resolutionen 34/37 und 35/19 der Vereinten Nationen ausgeübt

AM\1022811DE.doc

PE529.632v01-00 }
PE529.633v01-00 }
PE529.634v01-00 }
PE529.635v01-00 } RC1

werden muss; begrüßt die Erklärungen von elf Ländern während der 13. Tagung der allgemeinen regelmäßigen Überprüfung der Vereinten Nationen, in denen diese Länder ihre Besorgnis über die Lage in der Westsahara zum Ausdruck bringen;

Or. en

AM\1022811DE.doc

PE529.632v01-00 }
PE529.633v01-00 }
PE529.634v01-00 }
PE529.635v01-00 } RC1

DE

In Vielfalt geeint

DE

10.3.2014

B7-0234/2014 }
B7-0235/2014 }
B7-0236/2014 }
B7-0237/2014 } RC1/Änd. 12

Änderungsantrag 12

**Marie-Christine Vergiat, Willy Meyer, Jacky Hénin, Marisa Matias, Alda Sousa,
Younous Omarjee**

im Namen der GUE/NGL-Fraktion

Gemeinsamer Entschließungsantrag

PPE, S&D, ALDE, Verts/ALE

Prioritäten der EU für die 25. Tagung des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen

Gemeinsamer Entschließungsantrag

Ziffer 30 a (neu)

Gemeinsamer Entschließungsantrag

Geänderter Text

***30a. begrüßt die vorläufigen
Schlussfolgerungen des
Sonderberichtstatters der Vereinten
Nationen über die Förderung der
Wahrheit, der Gerechtigkeit, der
Wiedergutmachung und der Garantien
der Nichtwiederholung als ersten Schritt
hin zur Unterstützung der Opfer der
spanischen Diktatur durch das Amt des
Hohen Kommissars für Menschenrechte;
fordert die spanische Regierung auf, die
Empfehlungen des
Sonderberichtstatters baldmöglichst
umzusetzen, indem sie das Amnestiegesetz
aus dem Jahr 1977 aufhebt, und sich
ihrer Verantwortung gegenüber den
Opfern des Spanischen Bürgerkriegs und
der Diktatur zu stellen, indem sie für die
Wahrheit und die demokratische
Erinnerung ihres eigenen Volkes Sorge
trägt;***

Or. en

AM\1022811DE.doc

PE529.632v01-00 }
PE529.633v01-00 }
PE529.634v01-00 }
PE529.635v01-00 } RC1

10.3.2014

B7-0234/2014 }
B7-0235/2014 }
B7-0236/2014 }
B7-0237/2014 } RC1/Änd. 13

Änderungsantrag 13

Marie-Christine Vergiat, Kyriacos Triantaphyllides, Takis Hadjigeorgiou, Jacky Hénin, Marisa Matias, Alda Sousa, Willy Meyer
im Namen der GUE/NGL-Fraktion

Gemeinsamer Entschließungsantrag

PPE, S&D, ALDE, Verts/ALE

Prioritäten der EU für die 25. Tagung des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen

Gemeinsamer Entschließungsantrag

Ziffer 30 b (neu)

Gemeinsamer Entschließungsantrag

Geänderter Text

30b. begrüßt, dass der UNHRC mit dem Bericht der Hohen Kommissarin über das Thema Menschenrechte in Zypern befasst wird; verurteilt erneut die anhaltenden Menschenrechtsverletzungen infolge der ständigen Besetzung von 37 % des Hoheitsgebiets der Republik Zypern und die seit 40 Jahren anhaltende Verletzung des humanitären Völkerrechts durch die Türkei gegenüber den griechischen und türkischen Zypriern; ist vor allem besorgt über die Lage der Flüchtlinge, der in Enklaven lebenden Bevölkerung und der Angehörigen der Vermissten; verurteilt, dass der Zugang zu Grundeigentum verweigert und dieses nicht genutzt werden kann; verurteilt, dass die Türkei in den Gebieten, die ihrer militärischen Kontrolle unterstehen, Sparmaßnahmen gegenüber den türkischen Zypriern erlassen hat, wodurch deren wirtschaftliche und soziale Grundrechte verletzt werden; fordert die Delegation der EU und die Delegationen ihrer Mitgliedstaaten auf, diese anhaltenden Menschenrechtsverletzungen zur Sprache zu bringen, die Anwesenheit türkischer

AM\1022811DE.doc

PE529.632v01-00 }
PE529.633v01-00 }
PE529.634v01-00 }
PE529.635v01-00 } RC1

Streitkräfte und von Siedlern zu verurteilen, zur sofortigen Beendigung der Besetzung des zyprischen Hoheitsgebiets durch die Streitkräfte der Türkei und zur sofortigen Einstellung der Maßnahmen aufzurufen, die darauf abzielen, die demografische Zusammensetzung der Republik Zypern zu verändern; betont, dass diese Menschenrechtsverletzungen Kriegsverbrechen darstellen; fordert die Türkei auf, alle militärischen Gebiete zugänglich zu machen und die in Bezug auf die Kämpfe bestehenden Archive zu öffnen, damit der Verbleib der Vermissten geklärt werden kann;

Or. fr

AM\1022811DE.doc

PE529.632v01-00 }
PE529.633v01-00 }
PE529.634v01-00 }
PE529.635v01-00 } RC1

DE

In Vielfalt geeint

DE

10.3.2014

B7-0234/2014 }
B7-0235/2014 }
B7-0236/2014 }
B7-0237/2014 } RC1/Änd. 14

Änderungsantrag 14

Marie-Christine Vergiat, Paul Murphy, Jacky Hénin, Marisa Matias, Alda Sousa
im Namen der GUE/NGL-Fraktion

Gemeinsamer Entschließungsantrag

PPE, S&D, ALDE, Verts/ALE

Prioritäten der EU für die 25. Tagung des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen

Gemeinsamer Entschließungsantrag

Ziffer 32 a (neu)

Gemeinsamer Entschließungsantrag

Geänderter Text

32a. erinnert daran, dass der UNHRC bereits mehrmals eine umfassende und transparente Untersuchung der mutmaßlichen Kriegsverbrechen gefordert hat, dass die Regierung Sri Lankas bisher jedoch keine Anzeichen hat erkennen lassen, dieser Forderung ernsthaft nachkommen zu wollen; verurteilt erneut die brutale Ermordung von überwiegend tamilsprachigen Zivilisten (bis zu 70 000 Menschen) durch die Streitkräfte Sri Lankas in den letzten Wochen des Bürgerkriegs in Sri Lanka; pflichtet der durch die Hohe Kommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte, Navi Pillay, formulierten Kritik in Bezug auf das Versagen der Regierung Sri Lankas bei, die mutmaßlichen Kriegsverbrechen aufzuklären; ist zutiefst besorgt darüber, dass in Sri Lanka immer noch Straflosigkeit herrscht; fordert den UNHRC auf, während dieser 25. Tagung eine unabhängige internationale Untersuchung der Kriegsverbrechen einzuleiten, vertritt jedoch die Auffassung, dass Gewerkschaften und Menschenrechtsorganisationen

AM\1022811DE.doc

PE529.632v01-00 }
PE529.633v01-00 }
PE529.634v01-00 }
PE529.635v01-00 } RC1

einbezogen werden müssen und gegenüber allen Opfern des Konflikts und ihren Familien Rechenschaft abgelegt werden muss, damit vollkommene Unabhängigkeit, Glaubwürdigkeit und Transparenz gewährleistet werden können; verleiht seiner tiefgreifenden Sorge hinsichtlich der zunehmenden Militarisierung der Gesellschaft Sri Lankas Ausdruck, insbesondere im Norden und Osten der Insel, und fordert, dass die militärische Eroberung dieses Gebiets umgehend beendet wird und die Streitkräfte aus den Norden und Osten der Insel zurückgezogen werden; unterstützt das Selbstbestimmungsrechts der Tamilen;

Or. fr

AM\1022811DE.doc

PE529.632v01-00 }
PE529.633v01-00 }
PE529.634v01-00 }
PE529.635v01-00 } RC1

DE

In Vielfalt geeint

DE

10.3.2014

B7-0234/2014 }
B7-0235/2014 }
B7-0236/2014 }
B7-0237/2014 } RC1/Änd. 15

Änderungsantrag 15

Marie-Christine Vergiat, Jacky Hénin, Marisa Matias, Alda Sousa, Willy Meyer
im Namen der GUE/NGL-Fraktion

Gemeinsamer Entschließungsantrag

PPE, S&D, ALDE, Verts/ALE

Prioritäten der EU für die 25. Tagung des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen

Gemeinsamer Entschließungsantrag

Ziffer 32 b (neu)

Gemeinsamer Entschließungsantrag

Geänderter Text

32b. begrüßt, dass auf der 25. Tagung des UNHRC der Förderung und dem Schutz der wirtschaftlichen und sozialen Rechte und der Frage der Interdependenz der Menschenrechte große Bedeutung beigemessen wird; bekräftigt, dass die wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, bürgerlichen und politischen Rechte gleichrangig behandelt werden sollten; weist darauf hin, dass die hohen Arbeitslosenzahlen, die zunehmende Armut und soziale Ausgrenzung sowie der immer schwierigere Zugang zu erschwinglichen öffentlichen Dienstleistungen in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Wohnen, Verkehr und Kultur sowie die Verschlechterung der Qualität dieser Dienstleistungen große Herausforderungen darstellen; betont, dass Privatisierung und Liberalisierung dazu beigetragen haben, den Zugang zu einigen dieser Rechte zu erschweren, dass diese Entwicklung rückgängig gemacht werden muss und dass eine gerechtere Verteilung des Wohlstands, angemessene Einkommen und eine bessere Qualität der Beschäftigung entscheidend zur Lösung dieser Probleme beitragen können; stellt

AM\1022811DE.doc

PE529.632v01-00 }
PE529.633v01-00 }
PE529.634v01-00 }
PE529.635v01-00 } RC1

ferner fest, dass die Sparprogramme, die sowohl von den Mitgliedstaaten der EU und als auch von anderen Ländern – teilweise unter dem Druck der EU – aufgelegt wurden, Ungleichheit und Armut noch verschärft haben;

Or. fr

AM\1022811DE.doc

PE529.632v01-00 }
PE529.633v01-00 }
PE529.634v01-00 }
PE529.635v01-00 } RC1

DE

In Vielfalt geeint

DE

10.3.2014

B7-0234/2014 }
B7-0235/2014 }
B7-0236/2014 }
B7-0237/2014 } RC1/Änd. 16

Änderungsantrag 16

**Marie-Christine Vergiat, Jacky Hénin, Marisa Matias, Alda Sousa, Willy Meyer,
Younous Omarjee**

im Namen der GUE/NGL-Fraktion

Gemeinsamer Entschließungsantrag

PPE, S&D, ALDE, Verts/ALE

Prioritäten der EU für die 25. Tagung des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen

Gemeinsamer Entschließungsantrag

Ziffer 32 c (neu)

Gemeinsamer Entschließungsantrag

Geänderter Text

32c. betont, dass im Jahr 2013 die wohlhabendsten zehn Prozent der Weltbevölkerung über 86 Prozent des globalen Wohlstands verfügten (Angaben des Global Wealth Report 2013), dass sich durch die Krise die Gefahren des derzeitigen Wirtschafts- und Politiksystems bestätigt haben und die ohnehin bereits drastischen sozialen Ungleichheiten zugunsten der Menschen mit höherem Einkommen weiter zugenommen haben, wobei die höheren Einkommen im Vergleich zu den geringeren Einkommen weiter drastisch gestiegen sind; vertritt die Auffassung, dass der Frage der Verteilung des Wohlstands in der Welt bei der 25. Tagung des UNHRC absoluter Vorrang eingeräumt werden sollte, da sie das größte Hindernis für die Verwirklichung wirtschaftlicher und sozialer Rechte darstellt, und dass die Delegation der EU und die Mitgliedstaaten der EU alles dafür tun sollten, dass dieses Ziel erreicht wird;

AM\1022811DE.doc

Or. fr
PE529.632v01-00 }
PE529.633v01-00 }
PE529.634v01-00 }
PE529.635v01-00 } RC1

10.3.2014

B7-0234/2014 }
B7-0235/2014 }
B7-0236/2014 }
B7-0237/2014 } RC1/Änd. 17

Änderungsantrag 17

Marie-Christine Vergiat, Jacky Hénin, Marisa Matias, Alda Sousa, Willy Meyer
im Namen der GUE/NGL-Fraktion

Gemeinsamer Entschließungsantrag

PPE, S&D, ALDE, Verts/ALE

Prioritäten der EU für die 25. Tagung des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen

Gemeinsamer Entschließungsantrag

Ziffer 33 a (neu)

Gemeinsamer Entschließungsantrag

Geänderter Text

33a. begrüßt die besondere Aufmerksamkeit, die der Rolle des öffentlichen Dienstes als wesentlichem Element einer guten Verwaltung bei der Förderung und dem Schutz der Menschenrechte zuteilwird; erklärt sich in höchstem Maße beunruhigt angesichts des Trends zur Liberalisierung in einigen Staaten – insbesondere Mitgliedstaaten der EU – unter dem Vorwand „verantwortungsvoller Staatsführung“ oder von Sparprogrammen; weist nachdrücklich darauf hin, dass solche Maßnahmen den grundlegendsten Rechten zuwiderlaufen, nämlich dem Recht auf Zugang zu Bildung, Arbeit, Gesundheitsversorgung, Verkehrsmitteln, Wohnraum, sozialer Sicherheit (darunter Altersrente) sowie zu Dienstleistungen wie Gas-, Strom- oder Lebensmittelversorgung; fordert daher die Delegation der EU sowie die Mitgliedstaaten der EU auf, alles daranzusetzen, um diese Rechte zu garantieren, indem allen zugängliche öffentliche Dienstleistungen geschaffen und nicht die bisherigen Maßnahmen

AM\1022811DE.doc

PE529.632v01-00 }
PE529.633v01-00 }
PE529.634v01-00 }
PE529.635v01-00 } RC1

weiterverfolgt werden;

Or. fr

AM\1022811DE.doc

PE529.632v01-00 }
PE529.633v01-00 }
PE529.634v01-00 }
PE529.635v01-00 } RC1

DE

In Vielfalt geeint

DE

10.3.2014

B7-0234/2014 }
B7-0235/2014 }
B7-0236/2014 }
B7-0237/2014 } RC1/Änd. 18

Änderungsantrag 18

**Marie-Christine Vergiat, Jacky Hénin, Marisa Matias, Alda Sousa, Willy Meyer,
Younous Omarjee**

im Namen der GUE/NGL-Fraktion

Gemeinsamer Entschließungsantrag

PPE, S&D, ALDE, Verts/ALE

Prioritäten der EU für die 25. Tagung des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen

Gemeinsamer Entschließungsantrag

Ziffer 33 b (neu)

Gemeinsamer Entschließungsantrag

Geänderter Text

***33b. betont, dass der Punkt
„Auswirkungen der
Auslandsverschuldung und damit
zusammenhängender internationaler
finanzieller Verpflichtungen der Staaten
auf den vollen Genuss aller
Menschenrechte“ von großer Bedeutung
ist, und ist besorgt darüber, dass derzeit
die meisten Länder von der Zahlung von
„Schuldzinsen“ betroffen sind und diese
als Vorwand für die Einführung von
Sparprogrammen dienen, die als
„Strukturanpassungsprogramme“
bezeichnet werden; bekräftigt, dass es –
vor allem angesichts der aktuellen
Wirtschafts- und Sozialkrise – den Erlass
der Schulden der Länder der Dritten Welt,
aber auch der Länder (insbesondere
Mitgliedstaaten der EU), die sich in einer
besonders schwierigen Lage befinden,
befürwortet, um zu verhindern, dass sich
die Krise weiter verschärft, und um zu
gewährleisten, dass die wirtschaftlichen,
sozialen und kulturellen Rechte auch
wirklich wahrgenommen werden können;***

AM\1022811DE.doc

Or. fr
PE529.632v01-00 }
PE529.633v01-00 }
PE529.634v01-00 }
PE529.635v01-00 } RC1

10.3.2014

B7-0234/2014 }
B7-0235/2014 }
B7-0236/2014 }
B7-0237/2014 } RC1/Änd. 19

Änderungsantrag 19

Marie-Christine Vergiat, Jacky Hénin, Marisa Matias, Alda Sousa, Willy Meyer
im Namen der GUE/NGL-Fraktion

Gemeinsamer Entschließungsantrag

PPE, S&D, ALDE, Verts/ALE

Prioritäten der EU für die 25. Tagung des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen

Gemeinsamer Entschließungsantrag

Ziffer 38 a (neu)

Gemeinsamer Entschließungsantrag

Geänderter Text

38a. begrüßt ferner den Bericht über das Recht auf Nahrung und die Verlängerung des Mandats des Sonderberichterstatters um drei Jahre, die dem Zwecke dient, dass dieser seine Arbeit im Hinblick auf die Auswirkungen der globalen Nahrungsmittelkrise auf die Verwirklichung des genannten Rechts fortsetzen kann; betont, dass die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen in erster Linie den Zugang zu natürlichen und lebenswichtigen Ressourcen, den Zugang zu Land sowie die Nahrungsmittelsouveränität und Ernährungssicherheit fördern sollten, um dadurch Armut und Arbeitslosigkeit zu verringern; bedauert, dass eine beträchtliche Anzahl an Menschen keinen Zugang zu bestimmten Ressourcen (mehr) haben, darunter grundlegende Güter wie Wasser, weil diese Ressourcen durch private Unternehmen und Körperschaften vereinnahmt werden, die die Unterstützung der politischen Entscheidungsträger der betreffenden Staaten nutzen können, was vor allem zu Nahrungsmittelknappheit und Preiserhöhungen bei den Lebensmitteln

AM\1022811DE.doc

PE529.632v01-00 }
PE529.633v01-00 }
PE529.634v01-00 }
PE529.635v01-00 } RC1

führt; fordert daher die Delegation der EU und die Delegationen der Mitgliedstaaten der EU auf, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um der Vereinnahmung der Ressourcen, vor allem von Land, insbesondere durch europäische Unternehmen ein Ende zu setzen und in internationalen und regionalen Gremien und Konferenzen (Weltbank, WTO, UNCTAD, IMF, OECD usw.) Vorschläge im Hinblick auf die Anerkennung grundlegender öffentlicher Güter und deren Aufnahme in ein spezifisches Übereinkommen der Vereinten Nationen voranzutreiben; fordert darüber hinaus die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, sich für die Resolution 64/292 der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 28. Juli 2010 einzusetzen, in der das Menschenrecht auf Wasser anerkannt wird, und alles in ihrer Macht Stehende zu tun, damit diese Resolution umgesetzt wird und verbindlichen Charakter erlangt;

Or. fr

AM\1022811DE.doc

PE529.632v01-00 }
PE529.633v01-00 }
PE529.634v01-00 }
PE529.635v01-00 } RC1

DE

In Vielfalt geeint

DE